

Ausschreibung

In der Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Stelle

einer Referentin/eines Referenten (m/w/d)
im Referat 44
„Medienrecht, Medienpolitik, Medienstandort“

unbefristet am Dienort Magdeburg zu besetzen.

Sachsen-Anhalt hat sich kontinuierlich zu einem national und international wettbewerbsfähigen Medienstandort entwickelt. Neben den faszinierenden und authentischen Drehorten bietet Sachsen-Anhalt ein Netzwerk an professionellen Produktionsunternehmen und Dienstleistern. Die Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt verantwortet die medienpolitischen Grundsatzangelegenheiten des Landes. Der Aufgabenschwerpunkt der zu besetzenden Stelle liegt im Bereich des Medienrechts und der Medienpolitik.

Das **Aufgabengebiet** umfasst insbesondere

- die Ausführung medienrechtlicher Staatsverträge der Länder (Rundfunkbeitragsrecht, Jugendmedienschutz, Regulierung von medientechnologischen Rahmenbedingungen),
- die Mitarbeit an Gesetzesentwürfen zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge der Länder sowie an Angelegenheiten der Förderung des Medienstandorts Sachsen-Anhalt einschließlich des europäischen Rechtsrahmens,
- die Erarbeitung von Stellungnahmen zu medienpolitischen Themen und zur Ausübung der Rechtsaufsicht (Mitteldeutscher Rundfunk, Medienanstalt Sachsen-Anhalt).

Sie erfüllen folgende **konstitutive** Voraussetzungen:

- überdurchschnittlich abgeschlossenes wissenschaftliches Hochschulstudium der Rechtswissenschaften, verbunden mit dem erfolgreichen Abschluss des ersten und zweiten juristischen Staatsexamens.

Darüber hinaus sind **wünschenswert**:

- berufspraktische Erfahrungen im Aufgabengebiet sowie

- Interesse an den rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der öffentlich-rechtlichen und privaten Medien.

Nachweise, die Kenntnisse und Erfahrungen belegen können, sind der Bewerbung beizufügen.

Gesucht wird eine Volljuristin/ein Volljurist (m/w/d) mit hervortretenden analytischen Fähigkeiten, strategischem und konzeptionellem Denken, Kreativität, Eigeninitiative und eigenständiger Arbeitsweise sowie einem ausgeprägten Kommunikations- und Organisationsvermögen.

Die Staatskanzlei bietet neben einem höchst vielseitigen Arbeitsplatz, familienfreundliche Arbeitsbedingungen, eine betriebliche Altersvorsorge (VBL) sowie ein breites Spektrum an Weiterbildungsmöglichkeiten. Das Dienstgebäude ist nahe der Elbe gelegen und sehr gut mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen.

Die Einstellung erfolgt bei Vorliegen der tariflichen und persönlichen Voraussetzungen im Beschäftigungsverhältnis nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder in Entgeltgruppe 14. Bei Vorliegen der beamten- und laufbahnrechtlichen Voraussetzungen und erfolgreichem Verlauf der tarifrechtlichen Probezeit ist eine Verbeamtung im Eingangsamt der Laufbahngruppe 2, 2. Einstiegsamt in der Laufbahn des Allgemeinen Verwaltungsdienstes zu gegebener Zeit möglich.

Die Staatskanzlei strebt eine weitere Erhöhung des Frauenanteils an und ist an Bewerbungen von Frauen besonders interessiert. Bewerbungen schwerbehinderter Menschen werden nach Maßgabe des SGB IX bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung bevorzugt. Zur Wahrung Ihrer Interessen teilen Sie bitte bereits im Rahmen Ihrer Bewerbung mit, ob eine Schwerbehinderung oder Gleichstellung vorliegt. Ein Nachweis der Schwerbehinderung bzw. Gleichstellung ist den Bewerbungsunterlagen beizufügen.

Für weitere Informationen steht Ihnen Frau Ohme (Tel. 0391/567-6724) zur Verfügung.

Aussagekräftige Bewerbungen (Anschreiben, tabellarischer Lebenslauf, Schul- und Berufsabschluss- sowie ggf. Arbeitszeugnisse, Nachweis der Schwerbehinderung bzw. Gleichstellung) richten Sie bitte bis **7. November 2021 unter Angabe der Kennziffer Stk 2021/16** an die

**Postfach 4165
39016 Magdeburg**

oder per E-Mail an:

bewerbungen@stk.sachsen-anhalt.de

(mit höchstens 2 Dateianhängen im PDF-Format u. einer Gesamtgröße von max. 20 MB).

Datenschutzhinweise für Bewerbungen der Staatskanzlei sind unter <http://lsauri.de/Daten-schutzBewerbungReferat12> abrufbar.

Bewerbungskosten können nicht erstattet werden. Bewerbungsunterlagen werden nur zurückgesandt, wenn ein ausreichend frankierter Rückumschlag beigelegt ist. Andernfalls werden die Unterlagen der nicht berücksichtigten Bewerberinnen und Bewerber nach Ablauf von sechs Monaten vernichtet.